

Niederschrift

über die Sitzung des Ausschusses für Wirtschaft und Finanzen am Mittwoch, 03.02.2010, 17:00 Uhr, im Rathaus I, großer Sitzungssaal.

Anwesend:

Ausschussvorsitzende:	Ilonka Etzold
stellv. Ausschussvorsitzender:	Bernd Redeker
Ausschussmitglieder:	Erich Hillebrand Jörn Kickler Kurt Klose Bernd Köhler Christine Lampe
stellv. Ausschussmitglieder:	Dirk Brumund
Ratsmitglieder:	Rudolf Böcker Iko Chmielewski (zeitweise) Alfred Müller (zeitweise)
Bürgermeister:	Gerd-Christian Wagner
von der Verwaltung:	Dirk Heise Jens Neumann Rainer Rädicker
Gäste:	Bernd Bureck

Tagesordnung:

Öffentlicher Teil

- 1 Einwohnerfragestunde
- 2 Anträge an den Rat der Stadt
- 2.1 Vareler Kapitalbeteiligungsgesellschaft mbH
- 3 Stellungnahmen für den Bürgermeister
- 3.1 Wirtschaftsförderfonds der Stadt Varel
- 4 Zur Kenntnisnahme
- 4.1 Wirtschaftsförderung in der Stadt Varel; zukünftige Struktur
- 4.2 Haushalt 2010
- 4.3 Zustand der Straßen in Varel

Protokoll:

Öffentlicher Teil

1 Einwohnerfragestunde

Die Einwohnerfragestunde wurde abgehalten.
Es gab keine Fragen.

2 Anträge an den Rat der Stadt

2.1 Vareler Kapitalbeteiligungsgesellschaft mbH Vorlage: 024/2010

Der Rat der Stadt Varel hat in seiner Sitzung am 13.12.2007 beschlossen, zur Förderung und Stärkung Vareler Wirtschaftsunternehmen zusammen mit der Raiffeisen-Volksbank Varel-Nordenham eG die „Vareler Kapitalbeteiligungsgesellschaft mbH“ zu gründen. Dem Gesellschaftsvertrag wurde in der Sitzung am 26.06.2008 zugestimmt.

Die Errichtung der Gesellschaft wurde am 30.10.2008 vor dem Notar Klaus Flade, Varel, beurkundet. Das Stammkapital der Gesellschaft beträgt 40.000,00 €. Es wird von der

Raiffeisen-Volksbank Varel-Nordenham eG mit	7.600,00 €
und	
der Stadt Varel mit	32.400,00 €

gehalten. Zum alleinvertretungsberechtigten Geschäftsführer wurde Herr Rainer Rädicker, Varel, bestellt. Die Eintragung der Gesellschaft in das Handelsregister beim Amtsgericht Oldenburg, Registergericht, erfolgte am 08.06.2009 unter der Geschäftsnummer Reg HRB 203395.

Die Geschäftsplanung der Gesellschaft ging dahin, dass ihre Gesellschafter zusätzliches Kapital in Höhe von bis zu 2 Mio. € einbringen. Die sehr angespannte Haushaltsslage der Stadt Varel hat es bisher und wird es auch in absehbarer Zeit nicht zugelassen, die Gesellschaft mit der vorgesehenen Liquidität auszustatten.

Mit der Raiffeisen-Volksbank Varel-Nordenham eG besteht angesichts dieser Aussicht die Übereinstimmung, aus der Projektierung auszusteigen und die Gesellschaft aufzulösen.

Ausschussvorsitzende Frau Etzold erläutert noch einmal die Beweggründe für die Gründung der Vareler Kapitalbeteiligungsgesellschaft mbH und des Wirtschaftsförderfonds. Die Planungen waren dahingehend, dass mit einem Teil des Erlöses aus dem Verkauf des Klärwerks die Vareler Wirtschaft gefördert werden sollte. Mit der Raiffeisen-Volksbank Varel-Nordenham eG habe man für diese Idee einen kompetenten Partner gewinnen können, dessen Engagement in der Vareler Kapitalbeteiligungsgesellschaft auch einen finanziellen Beitrag vorgesehen hat. Mit dem Rück-

zug der Raiffeisen-Volksbank und der wegen der angespannten Haushaltslage nicht zur Verfügung stehenden finanziellen Ausstattung der Vareler Kapitalbeteiligungsgesellschaft stelle sich die Frage, wie das Ziel weiter verfolgt werden könne.

Ratsherr Hillebrand spricht sich weiterhin für die mit der Vareler Kapitalbeteiligungsgesellschaft und dem Wirtschaftsförderfonds verfolgten Ziele aus. Die Idee, finanziell in Not geratene Betriebe oder Existenzgründungen zu unterstützen, sei nach wie vor richtig, um die Stadt für die Zukunft aufzustellen. Das Engagement der Raiffeisen-Volksbank sollte in diesem Zusammenhang noch einmal lobend erwähnt werden. Die Stadt Varel sei in diesem Geschäft kein guter Vertragspartner gewesen. Der jetzt eingetretene Zustand sei daher sehr zu bedauern.

Ratsherr Kickler erneuert im Namen der MMW-Fraktion die kritische Haltung zum Wirtschaftsförderfonds und der Vareler Kapitalbeteiligungsgesellschaft. Die Förderung und Unterstützung von Betrieben sei, wie in der Vergangenheit bereits mehrfach erfolgt, auch ohne Wirtschaftsförderfonds und Kapitalbeteiligungsgesellschaft möglich. Hinzu komme, dass die Stadt Varel nicht das Geld für die finanzielle Ausstattung der Gesellschaft habe. Insoweit sei gegen die Auflösung des Wirtschaftsförderfonds und der Vareler Kapitalbeteiligungsgesellschaft nichts einzuwenden.

Ratsherr Müller bedauert, dass es nicht gelungen sei, den Fonds mit Leben zu erfüllen. Besonders in der jetzigen Zeit, in der sich viele Betriebe in einer wirtschaftlich schwierigen Situation befinden, wäre es wünschenswert gewesen, gemeinsam mit der Raiffeisen-Volksbank den Fonds zu erhalten. Die zu beschließende Auflösung des Fonds und der Vareler Kapitalbeteiligungsgesellschaft sei eine schwarze Stunde für die Stadt. Auch wenn eine Unterstützung und Förderung von Betrieben weiter möglich sei, hätte der Wirtschaftsförderfonds und die Vareler Kapitalbeteiligungsgesellschaft unter Beteiligung der Raiffeisen-Volksbank dies wesentlich erleichtert.

Ausschussvorsitzende Frau Etzold bedauert die Entwicklung und die daraus resultierende Situation, über die Auflösung des Wirtschaftsförderfonds und der Vareler Kapitalbeteiligungsgesellschaft beschließen zu müssen. Es sei leider nicht gelungen, nach dem Gründungsbeschluss auch die notwendige finanzielle Ausstattung bereitzustellen. Stattdessen wurden die Mittel zur Verringerung der kurzfristigen Kredite verwendet. Die Idee des Wirtschaftsförderfonds sei jedoch nach wie vor richtig und sollte daher bei einer verbesserten Haushaltslage wieder aufgegriffen werden.

Ratsherr Redeker spricht ebenfalls sein Bedauern über die anstehende Auflösung aus. Die Situation verdeutliche aber die Situation der Stadt Varel und den Druck, weitere Sparanstrengungen zu unternehmen.

Beschluss:

Die Stadt Varel steigt aus der gemeinsam mit der Raiffeisen-Volksbank Varel-Nordenham eG errichteten Vareler Kapitalbeteiligungsgesellschaft mbH aus. Die Gesellschaft wird aufgelöst.

Einstimmiger Beschluss

3 Stellungnahmen für den Bürgermeister

3.1 Wirtschaftsförderfonds der Stadt Varel Vorlage: 025/2010

Die Stadt Varel wollte einen Teilbetrag in Höhe von 1.620.000 € aus dem Verkaufserlös der Abwasserbeseitigung in einen Beteiligungsfonds einbringen. Aus dem Fonds sollte Beteiligungskapital für Existenzgründungen, -erweiterungen und – sicherungen kleiner und mittelständischer Unternehmen (KMU) zur Verfügung gestellt werden. Das Kapital des Beteiligungsfonds sollte durch eine zusätzliche Einlage der Raiffeisen-Volksbank Varel-Nordenham eG in Höhe von 380.000 € auf insgesamt 2,0 Mio. € aufgestockt und in die eigens gegründete Vareler Kapitalbeteiligungsgesellschaft mbH eingebracht werden.

Die Gegebenheiten bei der Stadt Varel haben sich mittlerweile gravierend geändert. Die angespannte Haushaltslage hat und wird es auch in absehbarer Zeit nicht zulassen, die dafür bereitgestellten Haushaltsmittel für diesen Zweck einzubringen. Eine diesbezügliche Abstimmung mit dem Gesellschaftspartner der Raiffeisen-Volksbank Varel-Nordenham eG hat zu dem übereinstimmenden Ergebnis geführt, das Projekt zu beenden.

Es ist deshalb beabsichtigt, die restlichen Haushaltsmittel in Höhe von 1.587.600 € und das nach Auflösung der Vareler Kapitalbeteiligungsgesellschaft mbH verbleibende Stammkapital der Allgemeinen Rücklage zuzuführen und gezielt für nachhaltige Investitionen einzusetzen.

Die Verwaltung erläutert, dass die freiwerdenden Mittel im Rahmen des Vermögenshaushaltes für Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen einzusetzen sind.

Die Tagesordnungspunkte 2.1 und 3.1 wurden gemeinsam beraten. Die Wortbeiträge zu dieser Beratung befinden sich unter TOP 2.1.

Beschluss:

Die restlichen Haushaltsmittel für den Beteiligungsfonds der Stadt Varel in Höhe von 1.587.600 € und das nach Auflösung der Vareler Kapitalbeteiligungsgesellschaft mbH verbleibende Stammkapital werden der Allgemeinen Rücklage der Stadt Varel zugeführt. Die Bindung an einen Wirtschaftsförderfonds entfällt, vielmehr sind die Mittel gezielt für nachhaltige Investitionen einzusetzen.

Einstimmiger Beschluss

4 Zur Kenntnisnahme

4.1 Wirtschaftsförderung in der Stadt Varel; zukünftige Struktur Vorlage: 026/2010

Die Veränderung der Strukturen in der Wirtschaftsförderung der Stadt Varel wurden bei unterschiedlichen Gelegenheiten bereits diskutiert.

Da Verträge am Ende des Jahres 2010 auslaufen, ist es erforderlich, sich bis zum Ende des Jahres über neue Strukturen Gedanken zu machen.

Es ist beabsichtigt, in der Aufbauorganisation der Stadt Varel einen neuen Fachbereich 5 – Wirtschaft und Tourismus zu schaffen. Ziel ist die einheitliche Aufgabenerledigung mit einem Ansprechpartner im Bereich der Wirtschaftsförderung in Person von dem Wirtschaftsförderer Herrn Bureck. Die denkbaren Aufgabengebiete sind in der anliegenden Übersicht beschrieben und sollen zunächst als Diskussionsgrundlage dienen.

Folge einer Strukturveränderung und Aufgabenverlagerung ist eine entsprechende Anpassung des Gesellschaftsvertrages der Wirtschaftsförderung und Stadtmarketing Varel GmbH in ihrer Zweckbestimmung.

Den Ausschusmitgliedern ist vor der Sitzung das dieser Niederschrift anliegende Organigramm einer zukünftig möglichen Organisationsstruktur der Wirtschaftsförderung in der Stadt Varel sowie die Darstellung eines möglichen Fachbereichs Wirtschaft und Tourismus und seiner Aufgaben übersandt worden.

Ausschussvorsitzende Frau Etzold befürwortet eine Diskussion um die Strukturen der Wirtschaftsförderung in der Stadt Varel. Unter dem Eindruck, die Wirtschaftsförderung in der Stadt Varel professionalisieren zu müssen, habe man vor rund 7 Jahren die Wirtschaftsförderung und Stadtmarketing Varel GmbH gegründet. Da ein Teil der Aufgaben im Rathaus verblieben sei, habe es in der Vergangenheit regelmäßig Diskussionen um die konkrete Aufgabenzuordnung, unklarer Schnittstellen und fehlender Ausnutzung möglicher Synergien gegeben. Daher seien die jetzigen Strukturen auf den Prüfstand zu stellen.

Bürgermeister Wagner sieht Diskussionsbedarf hinsichtlich der zukünftigen Strukturen der Wirtschaftsförderung in der Stadt Varel. Das vorgelegte Organigramm ist diesbezüglich als Diskussionsgrundlage zu verstehen. Es sei wohl allen, die in der Vergangenheit in den betreffenden Gremien in die Arbeit der Wirtschaftsförderung involviert waren, klar geworden, dass die bisherigen Strukturen zu schwerfällig und die Informationsströme verbesserungsfähig seien. Im Sinne eines einheitlichen Ansprechpartners sei angedacht, die Aufgaben in einem Fachbereich Wirtschaft und Tourismus zu bündeln. Aus steuerlichen Aspekten sei es jedoch sinnvoll, die Wirtschaftsförderung und Stadtmarketing GmbH weiter zu führen. In ihrer zukünftigen Organisationsstruktur sollte die GmbH mit der Stadt Varel nur noch eine Gesellschafterin haben, die Werbegemeinschaft Varel e. V. und die Wirtschaftsförderungsgesellschaft Varel e. V. könnten im Sinne eines Beirats in die Arbeit der GmbH integriert werden. Als Gesellschafterversammlung würde zur Verschlanung der Strukturen der Verwaltungsausschuss fungieren. Gesellschafterversammlungen könnten im Rahmen der Sitzungen des Verwaltungsausschusses abgehalten werden. Der fakultative Aufsichtsrat könnte bei dieser Lösung entfallen. In ersten Gesprächen mit der Werbegemeinschaft Varel e. V. und der Wirtschaftsförderungsgesellschaft Varel e. V. über die Neuordnung der Wirtschaftsförderung und der WS Varel wurden die vorgestellten Lösungsansätze positiv aufgenommen. Im Rahmen eines neuen Fachbereichs Wirtschaft wäre zu empfehlen, auch den Tourismus zu integrieren, da dieser zu den Aufgabenfeldern Wirtschaftsförderung und Stadtmarketing vielfältige Überschneidungen aufweise. Das im Organigramm skizzierte Modell sei ein möglicher Weg mit klaren Strukturen, klaren und vor allem kurzen Informationswegen und einem einheitlichen Ansprechpartner.

Ratsherr Müller sieht die grundsätzliche Frage in der zukünftigen Ausrichtung der Wirtschaftsförderung. Die Form der GmbH wurde seinerzeit gewählt, um Dinge schneller und einfacher auf den Weg zu bringen. Man habe es aber versäumt, die Zuständigkeiten zwischen den einzelnen Akteuren der Wirtschaftsförderung in der

Stadt Varel abschließend zu regeln. Es sei im Rahmen der zukünftigen Beratungen auch eine Grundsatzdiskussion notwendig, was Wirtschaftsförderung und Stadtmarketing zukünftig leisten sollen.

Die Ausschussmitglieder erwarten zu den verschiedenen Modellen der zukünftigen Wirtschaftsförderung eine Übersicht der daraus resultierenden Kostenveränderungen. Die Verwaltung wird diese Übersicht kurzfristig vorlegen.

Erster Stadtrat Heise sieht es als vornehmste Aufgabe der Politik, die zukünftigen Ziele der Wirtschaftsförderung und des Stadtmarketings festzulegen. Dazu gehöre auch die Entscheidung, wie viel Geld man in diese Aufgaben investieren wolle.

Ratsherr Kickler sieht eine Diskrepanz im geplanten Verkauf der Schützenwiese zur Diskussion um das Stadtmarketing. Eine Erweiterung des vorhandenen Verbrauchermarktes zu einem Fachmarktzentrum habe negativen Einfluss auf die Belebung der Innenstadt. Insoweit könne man sich diese Diskussion sparen.

Ratsfrau Lampe sieht auch Versäumnisse in den Reihen der Politik, man habe der Wirtschaftsförderung und Stadtmarketing GmbH nicht immer ausreichend zugearbeitet und es an klaren Zielvorgaben fehlen lassen. Eine neue Struktur müsse intensiver als bisher mit Leben gefüllt werden.

Ratsherr Hillebrand bedauert, dass es nicht gelungen sei, die Wirtschaft stärker in die Wirtschaftsförderung einzubinden. Eine neue Struktur der WS Varel mit der Stadt Varel als alleinige Gesellschafterin widerspricht erheblich den mit der Gründung der WS Varel verfolgten Zielen. Insbesondere sei es nicht zu akzeptieren, dass die Kosten der Wirtschaftsförderung allein von der Stadt Varel zu tragen seien. Es sollte parallel geprüft werden, ob die Wirtschaft zukünftig nicht auch stärker eingebunden werden könne. Darüber hinaus sollte man auch einmal bei anderen Städten und Gemeinden schauen, wie die Wirtschaftsförderung dort organisiert sei.

Bürgermeister Wagner erläutert, dass die in der Vergangenheit häufig gestellte Forderung, die GmbH müsse sich finanziell selbst tragen, nicht erreicht werden könne. Der erreichte Eigenfinanzierungsanteil von 15-20 % sei für eine Wirtschaftsförderung schon eine beachtliche Quote.

Ratsherr Köhler und Ratsherr Böcker sehen noch erheblichen Erklärungsbedarf hinsichtlich des vorliegenden Organigramms. Dies müsse zunächst mit weiteren Informationen hinterlegt und anschließend in den Fraktionen beraten werden.

Im Ausschuss wird kontrovers über die Auswirkungen eines möglichen Verkaufs der Schützenwiese auf die Innenstadt diskutiert. Während einige Ausschussmitglieder im geplanten Fachmarktzentrum eine erhebliche Konkurrenz zur Innenstadt sehen, erwarten andere eine Magnetwirkung für die Innenstadt.

Ausschussvorsitzende Frau Etzold erläutert, dass für die Wirtschaftsförderung bewusst die Rechtsform der GmbH gewählt wurde, um einen professionellen Umgang mit dieser wichtigen Aufgabe zu gewährleisten. Die GmbH habe den Vorteil, dass sie unabhängig und außerhalb der Strukturen der Verwaltung geführt werden könne. Auch wenn die Verwaltung über hohe Kompetenzen verfüge, sei die Wirtschaftsförderung eine Aufgabe, die besondere Qualifikationen voraussetzt. Dies besonders im Hinblick auf die zunehmenden internationalen Kontakte durch den Jade-Weser-Port. Es sei in der Diskussion noch kein Grund genannt worden, der für eine Rückführung der Wirtschaftsförderung in die Strukturen der Verwaltung spreche. Die vorhandenen Strukturen mit der Wirtschaftsförderung und Stadtmarke-

ting GmbH seien in Ordnung, vielmehr sei der Umgang mit diesen Strukturen, mit Informationen und die Beteiligung der zuständigen Akteure zu bemängeln. Dieser mangelhafte Umgang führe jetzt dazu, dass die Strukturen in Frage gestellt würden. Hier stelle sich die Frage, ob die Beibehaltung der vorhandenen Strukturen bei gleichzeitig verbesserter Zusammenarbeit aller Akteure der Wirtschaftsförderung nicht die bessere Alternative sei. Eine Einbindung des Tourismus in die Strukturen der Wirtschaftsförderung sei zu diskutieren.

Ratsherr Chmielewski spricht sich für die geplanten Veränderungen im Bereich der Wirtschaftsförderung aus. Die GmbH sollte jedoch erhalten werden, um in bestimmten Bereichen flexibel reagieren zu können. Es sei jedoch wichtig, die bisherigen Partner in der GmbH zu halten und auch weiterhin an den finanziellen Aufwendungen zu beteiligen. Die GmbH könne sicher auch in Zukunft erfolgreich Ideen entwickeln, die zur Umsetzung dann aber an die Stadt heranzutragen wären. In der Vergangenheit seien viele Informationen leider nicht in der Politik angekommen.

Ratsherr Redeker plädiert für die Zukunft für klare Zielvorgaben, die anhand von vorzulegenden Quartalsberichten überprüft werden müssten. Nur so könne auch flexibel reagiert und gegebenenfalls gegengesteuert werden.

Bürgermeister Wagner appelliert an die Fraktionen, Fragen unverzüglich an die Verwaltung weiterzugeben, damit eine kurzfristige Beantwortung erfolgen kann. Ansonsten laufe man Gefahr, dass die Beratungen auch am Jahresende noch nicht abgeschlossen seien.

Es besteht Einvernehmen, das Thema zunächst in den Fraktionen zu beraten. Eine erneute Behandlung im Ausschuss für Wirtschaft und Finanzen soll nach den Osterferien erfolgen.

4.2 Haushalt 2010

Ratsherr Müller kündigt an, dass die SPD-Fraktion noch einen Antrag zum Haushalt 2010 stellen werde. Dazu gehöre u. a. eine globale Einsparverpflichtung von 2 % aller Ausgabeansätze mit Ausnahme der Ausgaben, zu der eine gesetzliche Verpflichtung bestehe. So könne im Personalhaushalt beispielsweise eine Einsparung von 180.000 EUR erzielt werden.

Ratsherr Chmielewski kündigt für die MMW-Fraktion einen Antrag zum 13. Haushaltssicherungskonzept an. Es wird beantragt, die in dem Haushaltssicherungskonzept aufgeführten Maßnahmen einzeln zur Abstimmung zu bringen. Man spreche sich grundsätzlich für das Haushaltssicherungskonzept aus, allerdings könnten einige darin enthaltene Punkte nicht mitgetragen werden.

Im Ausschuss wird anschließend kontrovers über die im Haushaltssicherungskonzept enthaltenen Maßnahmen sowie das für und wider und die mögliche Realisierung globaler Einsparungen diskutiert.

4.3 Zustand der Straßen in Varel

Ratsfrau Lampe weist auf den schlechten Zustand der Oldenburger Straße in Höhe des Alten- und Pflegeheimes Simeon und Hanna hin. Hier seien folgenschwere Unfälle zu befürchten.

Die Verwaltung weist darauf hin, dass es sich bei der Oldenburger Straße um eine Landesstraße handelt und die Straßenmeisterei bereits informiert sei.

Zur Beglaubigung:

gez. Ilonka Etzold
(Vorsitzende)

gez. Jens Neumann
(Protokollführer)